
Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e.V.

56073 Koblenz
Karl-Tesche-Straße 3
Telefon: 02 61 / 9885-1113

presse@bwv-net.de
www.bwv-net.de
BauernWinzerverbandRLN
bwv_rheinland_nassau/

Mindestlohn

Kabinett ignoriert Wirtschaft und segnet Mindestlohn ab

Koblenz. BWV-Präsident Marco Weber ist entsetzt, dass die Bundesregierung die Versorgungssicherheit der Bundesbürger auf das Spiel setzt, denn gestern hat das Bundeskabinett die Mindestloohnerhöhung in zwei Schritten auf 14,60 Euro pro Stunde beschlossen. Hierfür bedarf es keiner Zustimmung des Bundestages oder Bundesrates. Weber: „Es schmerzt sehr, wenn Menschen, die das Wohl des Volkes im Sinn haben müssten, über deren Köpfe hinweg der Mindestloohnerhöhung zustimmen – ohne eine Sonderregelung für die Landwirtschaft zu beschließen! Ich werde dennoch nicht aufhören, diese Sonderregelung einzufordern.“ Die steigenden Lohnkosten könnten schließlich am Markt nicht kompensiert werden. Mit Blick auf die Preissenkungen bei Butter werde deutlich, dass die Discount- und Supermärkte keine Rücksicht auf die Rahmenbedingungen der Landwirtschaft nehmen. „Wer sich bei Lebensmitteln und deren Rohstoffen von Importen und damit vom Ausland abhängig machen möchte, der soll diesen Weg weitergehen. Kartoffeln aus Ägypten, Schweine aus China, Wein aus Chile oder Äpfel aus Polen - Wenn wir nicht erkennen, wie wichtig die Eigenversorgung ist und die Unterstützung der regionalen, heimischen Landwirtschaft, wird diese Importe zukünftig vermehrt in Kauf nehmen müssen. Davor warnen wir Bauern und Winzer in Rheinland-Nassau!“

Marco Weber ist damit einer Meinung mit DBV-Präsident Joachim Rukwied, der deutlich erklärt, dass die Wettbewerbskraft der Wein-, Obst- und Gemüseanbauer weiter schwinden wird. Dieser Mindestlohn habe das Potenzial, den Anbau von Obst, Gemüse und Wein aus Deutschland zu verdrängen, machte Rukwied deutlich.

Beide Präsidenten sind sich darin einig, dass sich die Produktion arbeitsintensiver landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland nur halten lasse, wenn diese deutlich teurer werden würden. Diese teureren Preise würden am Markt letzten Endes aber nicht bezahlt. Die Folgen seien leicht auszurechnen. Bereits heute liege der Selbstversorgungsgrad am deutschen Obst bei gerade einmal 22 Prozent.